

Protokoll

der Sitzung vom **19.05.2015**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Vorsitz: Daniel Janke
Stellv. Vorsitz: Christina Hempfling
Protokoll: Tobias Müller

Anwesend:

BOLL, Jonas	JANKE, Daniel	REINSBERG, Friederike
BRÜCK, Bernhard	KECKE, Lisa	RUCKDESCHEL, Anna
CHAVES, Alexander	KIßNER, Maximilian	SCHNEIDER, Daniel
ENGERT, Markus	KOPP, Dennis	SCHÜLER, Nathalie
FRANK, Markus	LANGNER, Julia	STIMMER, Magdalena
GEIGER, Sebastian	LÖFFLER, Andre	TREIBER, Katharina
HAINTHALER, Claudia	MÜLLER, Tobias	WEINGÄRTNER, Hendrik
HEINRICHS, Margarete	OLSZOK, Anthony	WITTMANN, Lea
HEMPFLING, Christina	OTTO, Christian	WOLL, Eva

Abwesend:

BENDOKAT, Thomas (Stimmrechtsübertragung auf Anthony Olszok)
BOTT, Wulff
BRIEM, Vincent
MARKOVIC, Vladimir (Stimmrechtsübertragung auf Tobias Müller)
MAY, Victoria (Stimmrechtsübertragung auf Daniel Schneider)
NEUKAMM, Nora (Stimmrechtsübertragung auf Friederike Reinsberg)
REHN, Lisa (Stimmrechtsübertragung auf Jonas Boll)
RIEFER, Jarno
THEUER, Andy (Stimmrechtsübertragung auf Hendrik Weingärtner)
WELSCH, Benedikt
WITTMANN, LEA (Stimmrechtsübertragung auf Bernhard Brück)

Datum: 19.05.2015

Beginn: 20:15 Uhr

Ende: 00:06 Uhr

Ort: **Raum 00.103**
Wittelsbacherplatz 1
97074 Würzburg

Inhaltsverzeichnis

TOP 1 Begrüßung	4
TOP 2 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin	4
TOP 3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	4
TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen	4
TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung	4

<u>TOP 6 Antrag HOBOS</u>	5
<u>TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents</u>	7
<u>TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und Referaten</u>	9
<u>TOP 9 Anträge</u>	12
<u>TOP 10 Sonstiges</u>	17
<u>TOP 11 Arbeitsweise des studentischen Konvents</u>	18

TOP 1 Begrüßung

Daniel Janke begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Tobias Müller wird als Protokollant gelost.

TOP 3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Daniel Janke berichtet, dass Stephan Hemmerich in der letzten Sitzung des Fachschaftenrates zurückgetreten ist und somit seine Mitgliedschaft im studentischen Konvent ebenfalls erlischt. Das Wahlamt konnte bisher keine*n Nachfolger*in benennen, so dass sein Sitz momentan formal als vakant gilt. Es sind 24 Mitglieder des Studentischen Konvents anwesend. Außerdem liegen 7 Stimmrechtsübertragungen vor. Damit ist der Studentische Konvent mit 31 Stimmen beschlussfähig.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen

Die im Vorfeld der Sitzung per Mail versandten Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 22.04.2015 werden mit einer Enthaltung angenommen. Das so geänderte Protokoll wird mit großer Mehrheit beschlossen.

TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung

Markus Frank schlägt vor, den TOP 8c Antrag „HOBOS“ direkt im Anschluss an diesen TOP zu behandeln. Es gibt keine Widerrede.

Maximilian Kißner schlägt vor, den TOP 8a Antrag „Kommissionsplatzvergabe“ zu vertagen, da eine Antwort des Justiziariats zu diesem Thema noch aussteht. Sebastian Geiger übt Widerrede, weshalb abgestimmt werden muss.

Abstimmung zum Vorschlag von Maximilian Kißner:

Ja 16

Nein 12

Enthaltungen 2

Damit wird der Antrag „Kommissionsplatzvergabe“ vertagt.

Die neue Tagesordnung lautet also:

- TOP 1** Begrüßung
- TOP 2** Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin
- TOP 3** Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- TOP 4** Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen
- TOP 5** Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 6** Antrag HOBOS
- TOP 7** Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents
- TOP 8** Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und den Referaten
- TOP 9** Anträge
 - a)** Digitalisierung vorantreiben
 - b)** Inklusion leben
 - c)** Jobvermittlung für Studierende wieder einführen
- TOP 10** Sonstiges
- TOP 11** Arbeitsweise des studentischen Konvents

Die Tagesordnung in der so geänderten Form wird mit großer Mehrheit angenommen.

TOP 6 Antrag HOBOS

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

Das interaktive Schulprojekt HOneyBee Online Studies (HOBOS) zieht in das Students' House ein. Auf der rechten Balkonseite des Hauses wird das Honigbienenvolk geschützt untergebracht. Im dahinterliegenden Büro wird HOBOS für IT-Geräte und Messtechnik eine Fläche von ca. 1m² nutzen. Im Garten wird auf einer minimalen Fläche eine Wetterstation mit Punktfundament errichtet werden. Dafür wird sich die Studierendenvertretung gegenüber der Universitätsleitung einsetzen.

Hartmut Vierle von HOBOS stellt das Projekt und den Antrag vor. Das HOBOS-Projekt ist gemeinnützig organisiert und wird durch Spenden finanziert. Die momentane Bienenstation wird generalsaniert und das Bienenvolk soll im Zuge dessen in die Nähe des MIND-Centers umgezogen werden, um eine Nähe zur dort ansässigen Biologiedidaktik herzustellen. Der Standort im Students' House soll Synergieeffekte durch Bestäubung des studentischen Gartens, mögliche Abschreckung von Einbrechern durch die Bienen und eine bessere technische Erschließung des Students' House im Zuge des Projekts ausnutzen. Außerdem will HOBOS einen 50"-Bildschirm für das Haus zur Verfügung stellen. Benötigt werden würden ein Punktfundament im Garten für eine Wetterstation und der halbe Balkon für den Bienenstock.

Auf Nachfragen aus dem Plenum werden weitere Punkte geklärt: Die Spenden kommen sowohl von privaten als auch gewerblichen Geldgebern, wobei stark auf Unabhängigkeit geachtet wird, was zum Beispiel keine Zusammenarbeit mit Pestizidherstellern oder Parteien bedeutet. Einschränkungen in der Nutzung des Students' House sind nicht zu erwarten, abgesehen vom Platzbedarf, da die Bienen friedlich sind. Insbesondere gibt es keine Einschränkung für Raucher*innen, da der Zigarettenrauch den natürlichen Fluchtreflex der Bienen auslöst, so dass keine Gefahr besteht. Auch Rauchen auf dem Balkon stellt kein Problem dar, da der Rauch genügend verdünnt am Bienenstock ankommt. Bienenphobiker*innen soll die Angst durch Aufklärung genommen werden, so dass auch diese das Students' House problemlos nutzen können. Für Allergiker*innen werden Notfallsets von HOBOS gestellt und gewartet. Ein Teil der Mitarbeiter*innen der Organisation sind auch speziell für Notfälle geschult. Des Weiteren ist das Risiko gestochen zu werden nicht höher einzuschätzen als im Alltag, da speziell am Hubland bereits jetzt einige Bienenstöcke stehen. Im Rahmen des Umzugs soll erst der technische Ausbau (Netzwerk, Erdarbeiten) erfolgen und dann erst der eigentliche Umzug des Bienenstocks. Markus Frank merkt an, dass die bisherige Netzwerkanbindung des Students' House ungenügend ist und auch das Rechenzentrum diesbezüglich Bedenken hat. Durch eine Zusammenarbeit mit HOBOS ist ein schneller Ausbau zu erwarten.

Außerdem sind seines Wissens sogar viele HOBOS-Mitarbeiter Bienenallergiker, was zeigt, dass die Bienen auch für diese unproblematisch sind.

Alexander Chavez fragt nach, warum gerade das Students' House genutzt werden soll. Hartmut Vierle bekräftigt, dass es ein perfekter Standort wäre durch die Nähe zum MIND-Center und der Touch Science-Ausstellung, außerdem auf Grund der schon genannten Synergieeffekte.

Markus Frank merkt an, dass bereits ein Konventsbeschluss existiert, nach dem HOBOS das halbe Students' House bekommen sollte und der vorliegende Antrag nur eine Anpassung auf die aktuelle Situation sei.

Abstimmung zum Antrag HOBOS:

Ja 26

Nein 1

Enthaltungen 4

Damit ist der Antrag HOBOS angenommen.

Beschluss:

Das interaktive Schulprojekt HOneyBee Online Studies (HOBOS) zieht in das Students' House ein. Auf der rechten Balkonseite des Hauses wird das Honigbienenvolk geschützt untergebracht. Im dahinterliegenden Büro wird HOBOS für IT-Geräte und Messtechnik eine Fläche von ca. 1m² nutzen. Im Garten wird auf einer minimalen Fläche eine Wetterstation mit Punktfundament errichtet werden. Dafür wird sich die Studierendenvertretung gegenüber der Universitätsleitung einsetzen.

TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

KSuL:

Christian Otto berichtet, dass bei mehreren Studiengängen die Bestätigung studentischer Beteiligung am Feinkonzept gefehlt hat und bittet darum, diese nicht zu vergessen. Ausführliche schriftliche Stellungnahmen sind erwünscht. Auf Grund der fehlenden Bestätigungen und des Zeitdrucks werden vermehrt

Beschlüsse der Studiengänge unter Vorbehalt der rechtzeitigen Bestätigung der studentischen Mitarbeit gefasst.

Markus Frank weist darauf hin, dass in einigen Fakultäten noch keine Kommissionen für das Studium vorhanden sind, welche für die Akkreditierung wichtig sind. Es soll darauf gedrängt werden, dass diese eingerichtet werden. Außerdem bittet er darum verstärkt auf die Grundlagen- und Orientierungsprüfung (GOP) zu achten, dass diese zum Beispiel nicht bereits nach nicht bestandener Erstprüfung nicht bestanden ist.

Christian Otto hat die Anwesenheitspflicht für alle Altstudierenden in der KSuL angesprochen, diese soll aber nicht dort, sondern durch (Studien-)Dekane geregelt werden. Außerdem wurde die Idee einer freiwilligen Anwesenheitslist aufgeworfen.

Margarete Heinrichs fragt nach, ob die von GOP-Problemen betroffenen Fakultäten informiert wurden. Die entsprechenden Prüfungsordnungen wurden an die jeweiligen Fakultäten zurücküberwiesen, so dass diese informiert sind.

Universitätsrat/Senat:

Sebastian Geiger verweist auf die hochschulöffentlichen Protokolle der beiden Gremien und die Grundordnung der Universität.

Er ruft dazu auf, dass studentische Stellungnahmen ausführlicher formuliert werden.

Markus Frank verlässt die Sitzung um 21:15 Uhr und überträgt sein Stimmrecht auf Dennis Kopp.

Sebastian Geiger lobt in diesem Zusammenhang die ausführlichen Stellungnahmen zu Berufungen.

Thomas Bendokat erscheint um 21:18 Uhr. Damit erlischt die Stimmrechtsübertragung auf Anthony Olszok.

Margarete Heinrichs macht darauf aufmerksam, dass besonders auf Befangenheit der Mitglieder von Berufungskommissionen hingewiesen und auch eventueller Druck auf studentische Mitglieder explizit in der Stellungnahme erwähnt werden sollte.

Markus Frank erscheint um 21:39 Uhr wieder. Damit erlischt die Stimmrechtsübertragung auf Dennis Kopp.

Eva Tina Woll erscheint um 21:40 Uhr wieder. Damit erlischt die Stimmrechtsübertragung auf Margarete Heinrichs.

Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf 10 Minuten Pause. Markus Frank übt Gegenrede, deshalb wird abgestimmt.

Abstimmung zum GO-Antrag von Christian Otto:

Ja 17

Nein 8

Enthaltungen 4

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

10 Minuten Pause.

CMS:

Daniel Janke berichtet, dass in der letzten Sitzung Modulhandbücher besprochen wurden, wobei ca. 1/3 der Module der Universität noch fehlen. Auf Nachfrage von Maximilian Kißner, ob Vorlagen für diese existieren, antwortet Daniel Janke, dass die Modulverantwortlichen diese bereits haben sollten. Maximilina Kißner berichtet, dass die Geographie in dieser Hinsicht anderer Meinung ist. Markus Frank kritisiert, dass die Handbücher schon seit mehreren Jahren existieren sollten.

In der nächsten CMS-Sitzung sollen Online-Prüfungsanmeldung, Studiengangmanagement und das SFB-Ergänzungsformular besprochen werden. Die Anonymisierung von Prüfungen soll ebenfalls in der CMS-Gruppe vorangetrieben werden. Eine Einführung des CMS zum Jahreswechsel wird von Daniel Janke mittlerweile kritisch gesehen.

Wahlausschuss:

Dennis Kopp berichtet, dass für jede Fakultät eine Wahlliste existiert, diese aber noch nicht veröffentlicht sind.

PfQ:

Daniel Janke berichtet, dass die Agentur AQUAS mit der Systemakkreditierung beauftragt wurde.

Studienbeiträge:

Daniel Janke, Markus Frank und Alexander Chaves hatten ein Treffen mit Herrn Hartmann. Es gab eine Mehrzuweisung von Studienbeiträgen, deren Verteilung jedoch nicht schlüssig ist. Die Universitätsleitung will über die Verteilung der Gelder ohne Rücksprache mit den Studierenden entscheiden.

TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und Referaten

Treffen mit der Universitätsleitung:

Markus Hein berichtet: Die Anonymisierung von Prüfungen wurde bei der Universitätsleitung angesprochen, die grundsätzlich keine Einwände hat, jedoch Probleme bei der Umsetzbarkeit sieht. Die Anonymisierung soll nur umgesetzt werden, falls ein entsprechendes Plug-In für HISinOne existiert, was momentan nicht der Fall ist. Christian Otto fragt, wie die Finanzierung von Zusatzentwicklungen geregelt ist. Daniel Janke berichtet, dass sich die Universität mit anderen Hochschulen zusammentut, um Plug-In Entwicklungsanträge zu stellen, die kostenlos umgesetzt werden. Markus Hein berichtet, dass das Thema auf der LAK an andere Studierendenschaften herangetragen werden soll.

In Hinsicht auf Teilzeitstudiengänge ist der Universitätsleitung bewusst, dass keine rechtlichen Grundlagen existieren und dass momentan alle Entscheidungen bezüglich der 22 eingeschriebenen Studierenden Einzelfallentscheidungen sind. Markus Frank berichtet, dass das Teilzeitstudium nach den Neufassungen der FSBs nächstes Thema in der KSuL sein wird.

Markus Hein berichtet weiter, dass im Zuge der Akkreditierung kein neues Personal eingestellt werden wird, da die Einarbeitungszeit zu lange sein würde. GSiK wurde in den Qualitätspakt Lehre aufgenommen, der ab November 2016 greifen wird. Bis dahin soll das Programm von der Fakultät für Humanwissenschaften mit Zuschüssen der Universitätsleitung finanziert werden.

Mensabegehung:

Markus Hein berichtet, dass Baubeginn in der Mensa voraussichtlich im November 2016 sein wird, Bauende ist für 2019 geplant. Die Frankenstube wird schon ab Wintersemester 2015/16 geschlossen und auch nicht wieder eröffnet werden. Geplant ist ein Dreithekensystem für Fastfood, veganes und „normales“ Essen. Der geplante Biergarten wird aus Kostengründen nicht eingerichtet werden, auch ein StuV-Büro ist in den Planungen nicht vorgesehen. Während der Schließung soll

ein Mensazelt hinter der Informatik mit 550 Plätzen und die Mensateria mit 400 Plätzen zur Verfügung stehen, wobei momentan Mensa und Frankenstube insgesamt 1250 Plätze bieten. Christian Otto fragt nach, ob es wirklich keine Möglichkeit gibt noch etwas hinsichtlich des StuV-Büros zu ändern, da er es wichtig findet eine zentrale Anlaufstelle für die Studierendenvertretung zu haben. Markus Hein weißt auf den Beschluss Students' House 2.0 hin, nach dem das StuV-Büro in dieses umziehen soll. Markus Frank widerspricht dem insofern, dass dies explizit nur für eine Übergangszeit geplant war. Markus Hein antwortet darauf, dass der Bauträger das staatliche Bauamt sei und das Büro deshalb regelmäßig bei der Universitätsleitung angesprochen werde. Max Kißner möchte wissen, wie der freigewordene Platz genutzt werden soll. Markus Hein berichtet, dass das bisherige Angebot mit Schöningh, Sparkassenautomat und Studentenwerksbüro erhalten bleiben und zusätzlich Seminarräume eingerichtet werden sollen. Die bisherige Brücke in die Mensa hinein wird durch eine direkte Treppe ersetzt werden. Die Küche soll in die bisherige Frankenstube verschoben werden.

Carolin Köhler fragt nach, wie das Barrierefreiheitskonzept nach der Sanierung aussehen wird. Markus Hein antwortet, dass es einen neuen Aufzug geben wird. Daniel Janke ergänzt, dass bei der Komplettsanierung neues Baurecht und damit die aktuellen Vorgaben zu Barrierefreiheit angewendet werden.

Referat Barrierefreiheit:

Daniel Janke weist auf die Ausstellung „Sport und Behinderung“ im Sportzentrum am Hubland hin, die später auch im König-Ludwig-Haus zu sehen sein wird.

Referat Angelegenheiten studentischer Hilfskräfte:

Daniel Janke berichtet, dass nach dem Radiointerview bereits ein Fernsehinterview zur Mindestlohnproblematik gedreht wurde. Außerdem wird eine Anfrage an das BMBF bezüglich der Auslegung des WissZeitVG hinsichtlich Anrechnung von Arbeitszeiten auf die Promotionszeit vorbereitet. Margarete Heinrichs fragt nach Ergebnissen aus der Frage nach der Auswirkung des Mindestlohns in einer Montagmail. Markus Hein berichtet von einer anonymen Rückmeldung über Stundenkürzungen bei gleichem Arbeitsaufwand. Sebastian Geiger ergänzt, dass ein weiterer Fall an der phil. Fakultät bekannt ist, wo sich die Studierenden schon an den Lehrstuhl gewendet haben. Die Studierenden wollten aber keine weitere Verfolgung.

Referat gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:

Robin Schulz berichtet von einem sehr gut besuchten Vortrag. Außerdem wird am festival contre le racisme gearbeitet.

Zivilklausel:

Daniel Janke berichtet, dass er in der Biologie das Thema vorgestellt hat, was guten Anklang fand. In der Chemie laufen Vorbereitungen, das Thema der Professorenschaft vorzustellen. Margarete Heinrichs fragt nach, ob eine Umfrage unter Studierenden zu dem Thema angedacht ist, um ein breiteres Meinungsbild zu bekommen. Daniel Janke bezweifelt die Umsetzbarkeit, da dies auf ein Plebiszit hinauslaufen würde. Eine einfach von Studierenden organisierte Umfrage sieht er kritisch hinsichtlich der Repräsentativität. Christina Hempfling berichtet, dass es an der Fakultät Mathe/Info schon einen Fakultätsratsbeschluss gibt, der der Zivilklausel ohne dem letzten Satz zustimmt. Markus Hein berichtet, dass bei genügender Vorlaufzeit eine Befragung der Studierenden bei der Wahl laut Universitätsleitung möglich ist. Bernhard Brück gibt zu bedenken, dass bei einer entsprechenden Befragung die Studierenden umfassend informiert werden müssen. Daniel Janke erinnert daran, dass die ursprüngliche Idee war, die Zivilklausel in alle Fakultäten zu tragen und anschließend in der EUL zu beschließen, was wieder angegangen werden sollte. Er berichtet, dass die Universitätsleitung angeboten hatte, die Zivilklausel in das Leitbild der Universität aufzunehmen. Da dies wenig bekannt ist, wurde das abgelehnt und weiter auf Grundordnungsaufnahme gepocht, woraufhin auf die Fakultäten verwiesen wurde.

Referat Datenschutz:

Sebastian Geiger merkt an, dass das Referat Datenschutz darlegen solle, was seine Aufgabenstellung sei und weshalb es sich genötigt sah, Widerspruch gegen einen Konventsbeschluss einzulegen. Christian Otto fragt nach dem Stand des Antrages, woraufhin Daniel Janke berichtet, dass der Widerspruch abgewiesen wurde und der Konventsbeschluss bis auf die Möglichkeit einer Klage in Ordnung ist.

Sebastian Geiger bittet darum, dass das Referat Datenschutz Stellung zu dem Vorgang bezieht. Robin Schulz meint, dass das Referat auf seiner Website darauf hinweisen wollte, dass es seine Arbeit wieder aufgenommen hat.

Markus Frank verlässt die Sitzung um 22:45 Uhr und überträgt sein Stimmrecht auf Dennis Kopp.

TOP 9 Anträge

a) Digitalisierung vorantreiben (Fachschaftsmitglieder - Erfahrung wählen)

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich für eine Digitalisierung des Bestandes der Universitätsbibliothek und für eine Nutzbarmachung der digitalen Ausgaben gemäß der nun geklärten Rechtslage ein. Hierfür sind die dafür nötigen Gelder gegenüber Universität und Freistaat einzufordern.

Margarete Heinrichs stellt den Antrag vor. Daniel Janke berichtet von Gesprächen mit Herrn Südekum bezüglich dieses Themas. Es existiert ein „Rahmenvertrag zu Vergütung von Ansprüchen nach §52b UrhG“, worin geregelt ist, dass 46,5% des Nettoladenpreises bei Digitalisierung gezahlt werden müssen. Dieser Vertrag entstand vor dem Bundesgerichtshofurteil und wird wohl deshalb von der VG Wort aufgekündigt und auf 100% geändert werden. Deshalb ist nur eine Digitalisierung vergriffener Werke geplant, um Kostenexplosionen zu vermeiden und stattdessen neue Bücher und e-books zu beschaffen.

Margarete Heinrichs gibt zu bedenken, dass sich durch das Urteil auch weitere Rahmenbedingungen ändern könnten und die finanzielle Umsetzung nicht der Intention des Antrags entgegenstehen sollte. Eine Positionierung ist weiterhin sinnvoll.

Bernhard Bück fragt nach, ob elektronische Semesterapparate bisher gespeichert wurden und ob diese im Rahmen der Digitalisierung genutzt werden könnten.

Lisa Kecke verlässt die Sitzung um 22:54 Uhr und überträgt sein Stimmrecht auf Christian Otto.

Daniel Janke berichtet, dass Semesterapparate momentan urheberrechtlich nicht unstrittig sind und die Digitalisierung deshalb momentan an den Lehrstühlen abgelaufen sei und es deshalb bisher wohl keine zentrale Speicherung gibt. Außerdem werden Verlage wahrscheinlich Verfassungsbeschwerde erheben, so dass sich die Lage noch ändern könnte. Seiner Meinung nach ist eine Modernisierung des UrhG nötig. Katharina Treiber schlägt vor die Lage unabhängig vom Antrag in der Bibliothekskommission auszuloten.

Maximilian Kißner zieht den Antrag zur weiteren Klärung der den Antragsstellern vorher unbekanntem rechtlichen Lage zurück.

Anthony Olszok verlässt die Sitzung um 22:54 Uhr und überträgt sein Stimmrecht auf Thomas Bendokat.

b) Inklusion leben (Juso-HSG)

Antragstext:

Inklusion heißt, die Heterogenität der Studierenden und Lehrenden anzuerkennen, Vielfalt wertzuschätzen und Voraussetzungen für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe aller zu schaffen. Im Jahr 2006 wurde mit der Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen endlich ein dahingehender Perspektivwechsel in der politischen Diskussion angestoßen. Im Zentrum der Konvention steht das Ziel, allen eine chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unter Berücksichtigung individueller Lebenssituationen zu ermöglichen.

Durch die Ratifizierung der Konvention im Jahr 2009 hat auch im deutschen Bildungssystem langsam ein Wandel eingesetzt. Nun muss allen Kindern ermöglicht werden, gemeinsam an einer Schule zu lernen – unabhängig davon, ob sie eine Beeinträchtigung, chronische Krankheit oder eine sogenannte „Lernschwäche“ haben. Im Bereich der Hochschulbildung ergibt sich aus Art. 24 Absatz 5 der UN-Konvention, dass der Zugang zu Hochschulen nicht-diskriminierend und chancengleich gegeben sein muss. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass eine angemessene Ausstattung und Infrastruktur zur Verfügung steht, um allen Menschen ein Studium zu ermöglichen. Für uns als Studierendenvertretung gehört dazu aber nicht nur die Hochschule, sondern auch der Studierendenalltag.

Doch noch immer spielt das Thema Inklusion eine untergeordnete Rolle in der Bildungspolitik, obwohl es ein fundamentaler Bestandteil von Chancengleichheit ist. Auch im Hochschulalltag kommt es selten zur Sprache. Dabei hatten laut der 20. Sozialerhebung im Jahr 2012 7 Prozent aller Studierenden Behinderungen oder chronische Erkrankungen, die sich auf das Studium auswirken. Mehr als 40 Prozent von ihnen leiden unter einer psychischen Erkrankung. Art und Umfang der Beeinträchtigungen sind sehr heterogen. Laut einer Datenerhebung zur Situation Studierender mit Behinderung und chronischer Krankheit (best-studie) des DSW aus dem Jahr 2011 trat bei 25 Prozent der Studierenden die Beeinträchtigung erst während des Studiums auf. Von den Beeinträchtigten 14 Prozent haben lediglich 8 Prozent einen Schwerbehindertenausweis. Bei 94 Prozent der Studierenden ist die Beeinträchtigung darüber hinaus nicht direkt zu sehen. Maßnahmen für eine bessere Inklusion müssen deshalb unbedingt auch nicht-sichtbare

Beeinträchtigungen wie zum Beispiel psychische Erkrankungen mitberücksichtigen.

Die aktuelle Situation

Derzeit ist bereits der Hochschulzugang für viele Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Laut der Best-Studie des DSW wurden 47 Prozent der Betroffenen bei ihrer Studienwahl durch ihre Beeinträchtigung beeinflusst. 9 Prozent wurden sogar von der Aufnahme ihres Wunschstudiums abgehalten. Die Hochschulen selbst sind in der Regel nicht angemessen auf Studienbewerber*innen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen vorbereitet, Informationen und Beratungsangebote sind kaum vorhanden oder werden nicht transparent und in angemessener Form kommuniziert. Bevor das eigentliche Studium losgehen kann, steht vielen betroffenen Studierenden ein Antragsmarathon und ein Kampf für die eigenen Interessen bevor. Vor allem für Menschen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind, kann das eine kaum überwindbare Hürde darstellen.

Studierenden mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen begegnen darüber hinaus im Studienalltag zahlreiche Situationen und Strukturen, in denen sie mit Hürden konfrontiert werden. Da-zu zählen die Wege zur Hochschule und zwischen Räumlichkeiten, welche durch unzureichende Barrierefreiheit erschwert werden und zu kleine Zeitfenster, in denen ein Raumwechsel stattfinden soll. Auch das Fehlen von Rückzugsräumen ist ein Problem, ebenso wie Lehrveranstaltungs-räumlichkeiten, in denen Akustik und Lüftung schlecht und die Beleuchtung unzureichend sind. Studienordnungen und Prüfungsregelungen berücksichtigen die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen häufig nur unzureichend. Manche Probleme sind offensichtlich, andere wirken zunächst vielleicht unbedeutend. In ihrer Summe können sie den Studienalltag allerdings massiv beeinträchtigen - und vermitteln durchgängig die Botschaft, dass Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen an der Hochschule bestenfalls geduldet, aber nicht grundsätzlich mit Bedacht werden. Für all diese Probleme muss es mehr Unterstützung geben. Bestehende Barrieren müssen abgebaut werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung sehen wir in der Schaffung und Kommunikation von Nachteilsausgleichen¹, flexiblen An- und Abmeldungen zu Prüfungen und der Unterstützung von weiteren Möglichkeiten zur Aufnahme von Lehrinhalten durch e-Learning, Moocs (Massive Open Online Courses) und Vorlesungsaufzeichnungen.

Inklusion leben – was sich tun muss

Inklusion ist nichts, was von heute auf morgen erreicht werden kann. Das Ziel muss ein Denkwandel sein. Es soll nicht darum gehen, wie einzelne Menschen mit verschiedenen Maßnahmen „integriert“ werden können, vielmehr müssen wir Strukturen und eine Umwelt schaffen, in denen Inklusion selbstverständliche Realität ist. Alle Hochschulangehörigen - und letztlich die gesamte Gesellschaft – müssen in diesem Sinne sensibilisiert werden. Es muss ein gemeinsames Studenumfeld und eine gemeinsame Studien- und Prüfungsordnungen geschaffen werden, die für alle Menschen gleichermaßen inklusiv sind. Hierzu zählen zum Beispiel die problemlose Möglichkeit eines Teilzeitstudiums,

unbegrenzte Prüfungswiederholbarkeit, eine konsequente Abschaffung von Anwesenheitspflichten und die Möglichkeit, die Prüfungsform selbst zu wählen – und zwar für alle Studierenden. Bis dies flächendeckend umgesetzt ist, muss es Übergangsregelungen geben, die bestehenden Benachteiligungen entgegenwirken. Diese Regelungen müssen als Notwendigkeit kommuniziert werden. Härtefallquoten können jedoch keine dauerhafte Lösung sein, sie sind aber übergangsweise notwendig und sollten erhöht werden. Wir fordern, die Kriterien auf Zulassung bundesweit einheitlich festzuschreiben. Studierende, die über Härtefallquoten einen Studienplatz erhalten haben, dürfen nicht stigmatisiert werden. Auch Nachteilsausgleiche für Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen sind keine „Extrawurst“. Sie sind ihrem Wortlaut entsprechend der Versuch, bestehende Benachteiligungen durch das System und die Strukturen auszugleichen. Dies muss sowohl allen Studierenden als auch allen Lehrenden von Beginn an vermittelt werden.

Grundlegende Kenntnisse, die für die Schaffung einer inklusiven Hochschule und eines diskriminierungsfreien Umgangs nötig sind, müssen deshalb sowohl in der Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden Thema, als auch Teil der Studieneingangsphase sein. Auch Studierendenvertretungen müssen in diesen Prozess einbezogen werden. Regelmäßig soll die Barrierefreiheit und Inklusivität von Studierendenvertretungen hinterfragt und Beratungs- und Bildungsangebote in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren ist es notwendig, dass an den Hochschulen Beratungsangebote geschaffen werden, die so flexibel sind, dass sie sich an die Bedürfnisse der Studierenden anpassen. Doch nicht nur die Einrichtung ist wichtig, ebenso wichtig ist, dass die Existenz dieser Angebote allen Hochschulangehörigen bekannt ist. Auch die Hemmschwelle, sich an eine Beratungsstelle zu wenden, muss abgebaut werden.

Auch wenn es nicht an allen Hochschulen Beratungsstellen gibt, müssen noch weitere Barrieren überwunden werden. Es gibt auch strukturelle Probleme die gelöst werden müssen. Barrierefreiheit hat nicht nur etwas damit zu tun, ob Räume gut erreichbar sind. Auch die Onlineangebote der Hochschule müssen barrierefrei sein und Unterrichtsmaterialien, wie zum Beispiel Skripte, in geeigneter Form vorliegen. Um all diese Problemlagen anzugehen, bedarf es einer*ines Beauftragten. Er*sie muss mit ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen zur Bewältigung seiner*ihrer Arbeit versorgt werden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass auch auf Ebene der Fachbereiche und Fakultäten eine direkte Ansprechperson zu finden ist. Dabei ist es unerlässlich, dass diese Person auch über politische Rechte innerhalb der Gremien der akademischen Selbstverwaltung verfügt. Sie muss einen ständigen Sitz und Rederecht haben sowie ein absolutes Veto in Aspekten, die Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen betreffen.

Inklusion leben – und politisch umsetzen

Für die Umsetzung von Inklusion müssen schnellstmöglich die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es gilt dabei, dass Bedingung für reale Auswirkungen der politische Wille ist, not-falls auch mit Sanktionen die Inklusion voranzutreiben. Die Studienfinanzierung der Studierenden mit Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen muss sichergestellt werden.

Trotz dessen erkennen wir an, dass nicht jede beeinträchtigte Person in ihrer persönlichen Situation in der Lage ist, am Bildungs- und Produktionsprozess teilzuhaben. Wir wehren uns gegen eine Stigmatisierung dieser Menschen. Vor Ort können wir währenddessen als Studierendenvertretung unseren Teil zu mehr Inklusion beitragen. Dazu zählt Informations- und Aufklärungsarbeit in unseren eigenen Strukturen und in der Hochschule. Und auch wir wollen in unserer Arbeit für alle Menschen offen sein und diese zur Mitarbeit motivieren. Hierzu zählt, regelmäßig unsere eigenen Strukturen und unser Verhalten auf ihre Inklusivität hin zu reflektieren.

Von einer nicht-inklusiven Hochschule sind wir alle betroffen und es liegt in unserer Verantwortung, uns für eine Veränderung einzusetzen. Genauso wenig dürfen aber Entscheidungen über die Köpfe von Betroffenen hinweg getroffen werden – auch und insbesondere nicht bei der politischen Arbeit für mehr Inklusion. Aus diesem Grund setzt sich die Studierendenvertretung vor Ort für die Gründung und Weiterführung von Foren/Gesprächskreisen, wie etwa ihrem Referat Barrierefreiheit, ein oder beteiligt sich an deren Ausrichtung und Umsetzung.

Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des Antrags. Er begrüßt grundsätzlich die Intention des Antrags, hält Formulierung und Inhalt jedoch teilweise für unklar und überarbeitenswert. Michael Kick widerspricht, deshalb wird abgestimmt.

Abstimmung zum GO-Antrag von Christian Otto:

Ja 18

Nein 5

Enthaltungen 8

Damit ist der GO-Antrag angenommen und der Antrag vertagt.

c) Wiedereinführung Jobvermittlung (Juso-HSG)

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich für die Wiedereinführung der bis zum Jahr 2013 durch die Agentur für Arbeit Würzburg angebotenen Jobvermittlung für Studierende ein, dem sogenannten „Studenten-Service“. Diese Serviceleistung ist leider eingestellt worden. Zu den Gründen für das Ende des lobenswerten Angebotes konnte die Agentur für Arbeit Würzburg auf Anfrage leider keine Hintergründe nennen.

Im Rahmen der Jobvermittlung wurden beispielsweise kurzzeitige Hilfsjobs angeboten. Derartige Verdienstmöglichkeiten sind sehr begehrt und viele

Studierende sind auf sie angewiesen, um ihr Studium finanzieren zu können. Gerade in einer Studierendenstadt wie Würzburg, in der etwa 35.000 Studierende an drei Hochschulen eingeschrieben sind, ist die Agentur für Arbeit gefordert, sich auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen einzustellen. Wir fordern deshalb die Wiedereinführung der Jobvermittlung für Studierende seitens der Agentur für Arbeit Würzburg.

Michael Kick stellt den Antrag vor. Alexander Chavez erkundigt sich, ob bei der Agentur für Arbeit die Gründe für die Einstellung erfragt wurden. Michael Kick erwidert, das der Grund der Agentur unbekannt ist. Margarete Heinrichs begrüßt die Idee grundsätzlich, stellt jedoch die Frage, ob das Angebot in Anbetracht der Vermittlung durch zum Beispiel Fachschaften überhaupt nötig ist. Claudia Hainthaler gibt zu bedenken, dass auf der Website der Agentur für Arbeit mehrere Links zur Stellensuche vorhanden sind und stellt ebenfalls die Notwendigkeit einer zusätzlichen Vermittlung in Frage.

Abstimmung zum Antrag Wiedereinführung Jobvermittlung:

Ja 25

Nein 3

Enthaltungen 3

Damit ist der Antrag Wiedereinführung Jobvermittlung angenommen.

Beschluss:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich für die Wiedereinführung der bis zum Jahr 2013 durch die Agentur für Arbeit Würzburg angebotenen Jobvermittlung für Studierende ein, dem sogenannten „Studenten-Service“. Diese Serviceleistung ist leider eingestellt worden. Zu den Gründen für das Ende des lobenswerten Angebotes konnte die Agentur für Arbeit Würzburg auf Anfrage leider keine Hintergründe nennen. Im Rahmen der Jobvermittlung wurden beispielsweise kurzzeitige Hilfsjobs angeboten. Derartige Verdienstmöglichkeiten sind sehr begehrt und viele Studierende sind auf sie angewiesen, um ihr Studium finanzieren zu können. Gerade in einer Studierendenstadt wie Würzburg, in der etwa 35.000 Studierende an drei Hochschulen eingeschrieben sind, ist die Agentur für Arbeit gefordert, sich auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen einzustellen. Wir fordern deshalb die Wiedereinführung der Jobvermittlung für Studierende seitens der Agentur für Arbeit Würzburg.

TOP 10 Sonstiges

*Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung.
Dagegen gibt es keine Widerrede.*

Christian Otto berichtet, dass der erziehungswissenschaftliche Teil des Lehramtsstudiums gerade überarbeitet wird und in Zuge dessen eine Kontrollprüfung eingeführt werden soll. Hierbei ist geplant, dass die Vorlesung Bildungswissenschaften bis Ende des vierten Semesters bestanden sein muss. Eine Beteiligung von Studierenden gab es hierbei erst nach Fertigstellung der FSBs, eine Stellungnahme wird momentan erarbeitet und es soll in der KSuL gegen die Änderungen gearbeitet werden. Maximilian Kißner fragt nach, ob nicht alle Fachschaften mit Lehramtsstudiengängen an der Stellungnahme beteiligt werden sollten. Christian Otto entgegnet, dass laut den Verantwortlichen nur Bedarf in der Philosophischen Fakultät, den Humanwissenschaften und der Kath. Theologie besteht. Außerdem besteht großer Zeitdruck. Bernhard Brück möchte wissen, wann die Arbeit an den EWS begonnen wurde und warum keine Studierenden beteiligt wurden. Christian Otto antwortet, dass es keine Zuordnung der EWS zu den Fakultäten gibt und deshalb das ZfL jetzt erst die Zusammenführung der Einzelteile übernommen hat. Dennis Kopp merkt an, dass über den AK Lehramt als Unterzeichner der Stellungnahme alle Lehramtsfakultäten beteiligt sind. Sebastian Geiger merkt an, dass er Frau Koerber-Becker vom ZfL sehr studierendennah kennengelernt hat und nochmals auf sie zugegangen werden sollte. Claudia Hainthaler erkundigt sich, auf welcher Grundlage die Kontrollprüfung eingeführt werden soll, da man EWS auch am Ende des Studiums schreiben könnte und ob sie mit der LPO vereinbar ist. Christian Otto antwortet, dass laut LPO Kontrollprüfungen beliebig möglich sind. Die Idee ist, dass Bildungswissenschaften die größte Prüfung im EWS-Bereich ist und die Studierenden früher an dieses Thema als Grundlage herangeführt werden sollen. Marco Bleistein fragt nach, ob der Text der Stellungnahme schon verfügbar ist, woraufhin Christian Otto versichert, dass diese über den Konvents vorsitz verteilt werden wird.

Claudia Hainthaler erkundigt sich, was die Änderung für bisherige Studierende bedeuten wird. Christian Otto erklärt, dass die neuen FSB nur für Neustudierende von Relevanz sind, da auf Grund technischer Gegebenheiten kein Wechsel in die neue LASPO möglich sein wird. Daniel Janke merkt hierzu an, dass es noch zu Problemen mit der Einschreibung in neue oder alte (L)ASPO kommen könnte bei Anrechnung von Studienleistungen.

Michael Kick kündigt einen Vortrag zu (L)ASPO, organisiert von der Juso-HSG am 21.05. an. Außerdem lädt er herzlich zur Feier des 40jährigen Bestehens der Hochschulgruppe im Mehrzwecksaal der Mensa ein. Anna Ruckdeschl merkt an, dass an diesem Tag das Fachschaftsvernetzungstreffen in der Medizin stattfinden wird.

Daniel Janke schlägt als nächste Sitzungstermine den 18.06.2015 und den 07.07.2015 vor, wogegen keine Einwände bestehen.

Zu den noch unbesprochenen Rechenschaftsberichten berichtet er, dass Alexander Bagus aus Arbeitsgründen nicht anwesend sein kann, Stephan Hemmerich sollte an seiner Stelle sprechen, ist jedoch nicht anwesend. Margarete Heinrichs berichtet, dass Stephan Hemmerich krank ist und darum bittet, dass in der nächsten Sitzung ein TOP zur Besprechung der Berichte angesetzt wird.

Annabell Talavera de Schyrbock bittet, dass Artikel für das Sprachrohr rechtzeitig geschrieben werden und Fragen für Artikel vollständig beantwortet werden.

Hendrik Weingärtner erscheint um 23:23 Uhr mit einer Stimmrechtsübertragung von Andy Theuer auf ihn.

Maximilian Kißner stellt einen GO-Antrag auf Öffentlichkeit des nächsten TOPs. Daniel Janke widerspricht formal, deshalb muss abgestimmt werden.

Abstimmung zum GO-Antrag von Maximilian Kißner:

Ja 17

Nein 9

Enthaltungen 7

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

TOP 11 Arbeitsweise des studentischen Konvents

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag auf Ende der Sitzung. Maximilian Kißner widerspricht: Es gab in der letzten Legislaturperiode Gegebenheiten, über die gesprochen werden sollte. Deshalb wird abgestimmt

Abstimmung zum GO-Antrag von Sebastian Geiger:

Ja 11

Nein Große Mehrheit
Enthaltungen 3

Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Julia Langner bedauert, dass Agnes Lasser die Sitzung soeben verlassen hat und fragt, ob Gründe hierfür bekannt sind. Sebastian Geiger erwidert, dass es um die Arbeitsweise des Konvents und nicht ihre Person gehen soll. Maximilian Kißner weist darauf hin, dass trotz des Titels des TOPs jedem klar sein sollte, dass es auch und insbesondere um die Zusammenarbeit mit dem SSR gehen muss und fragt, wie der SSR die Zusammenarbeit mit dem Konvent innerhalb des letzten dreiviertel Jahres bewertet. Sebastian Geiger sieht die Zusammenarbeit nicht zusammenarbeitwürdig und betont dabei, dass er sich auf die Mehrheit des studentischen Konvents bezieht. Seiner Meinung nach liegt dies darin begründet, dass der SSR und Konvent verschiedene politische Meinungen vertreten, was eine Zusammenarbeit schlecht möglich macht. Dies liegt seiner Meinung nach auch im BayHSchG begründet, das dem Konvent exekutive Funktion zuspricht. Maximilian Kißner fragt nach, ob der SSR dann nicht wie vorgesehen die Beschlüsse des Konvents umsetzen sollte. Sebastian Geiger entgegnet, dass die Entscheidungen grundsätzlich Arbeitsgrundlage des SSR waren und bei persönlichen Divergenzen entsprechende Konsequenzen gezogen wurden. Außerdem merkt er an, dass es keine Grundlage gibt, nach der der SSR ohne Konventsbeschluss nicht aktiv werden darf. Robin Schulz berichtet, dass der SSR sich das System in Bamberg angesehen hat, wo die Studierendenvertretung komplett in Referaten organisiert ist. Außerdem kritisiert er die Öffentlichkeit des TOPs, da er Nichtöffentlichkeit als wichtig für ein konstruktives Gespräch in diesen Punkten erachtet.

Christian Otto kritisiert die interne Arbeitsweise des Konvents, welche sich seiner Meinung nach in der mangelhaften Kommunikation untereinander, der hohen Anzahl an zurückgezogenen und kleinen Anträgen, welche sich durch ein Telefonat erübrigen würden, zeigt. Die Gründe hierfür sieht er darin, dass, anders als in den Vorjahren mit zum Beispiel dem Wegfall der Studiengebühren, ein gemeinsames Ziel des Konvents fehlt und deshalb vorwiegend gegeneinander agiert wird. Die Zusammenarbeit bei der Stellungnahme bezüglich EWS zeigt für ihn, dass konstruktive Zusammenarbeit möglich ist. Er sieht politische Auseinandersetzungen als Teil der Gremienarbeit, die aber nicht Hauptthema sein dürften.

Bernhard Brück kritisiert, dass seinem Eindruck nach gute Ideen wegen politischer Differenzen zwischen den Gruppierungen grundsätzlich abgelehnt wurden, ohne

dass sich mit der Sache selbst befasst wurde. Als Beispiel führt er die Stellungnahme zur Jobbörse an, die seiner Meinung nach lange Zeit aus ideologischen Gründen nicht veröffentlicht wurde. Sebastian Geiger fragt nach, ob es Beispiele für aus ideologischen Gründen abgelehnte Anträge gibt. Bernhard Brück führt den Nachtbusantrag an, bei dem viele aus diesen Gründen gegenargumentiert haben.

Alexander Chavez stellt klar, dass es nicht darum geht Personen oder Gruppierungen abzuwerten. Er kritisiert das Verhalten während der Sitzungen und die ideologische Ablehnung von Anträgen. Er führt als Negativbeispiel das geschlossene Verlassen einer Sitzung durch den SSR an. Christian Otto wirft ein, dass er den SSR in dieser Situation teilweise verstanden hat, da dieser im Kreuzfeuer der Argumentation gestanden habe.

Erster Ordnungsruf an Christian Otto wegen fehlender direkter Nachfrage.

Margarete Heinrichs sieht neben einem Kommunikationsproblem das Problem, dass Debatten zu schnell persönlich werden. Sie ist der Meinung, dass die Debatte um die Jobmesse anders verlaufen wäre, wenn die Beteiligten sich klar positioniert hätten.

Julia Langner findet, dass ein respektvoller Umgang in dieser Legislaturperiode gefehlt hat und stark persönlich argumentiert wurde, statt politische Meinung von Privatem zu trennen. Sebastian Geiger fragt nach, was hiermit genau gemeint ist. Julia Langner erläutert, dass sie meint, dass Mitglieder des Gremiums sich gegenseitig persönlich angegangen haben und viele Diskussionen ausgeartet sind.

Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Sebastian Geiger widerspricht formal, deshalb muss abgestimmt werden.

Abstimmung zum GO-Antrag von Christian Otto:

Ja 19

Nein 5

Enthaltungen 7

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

Julia Langner fordert dazu auf Fehler einzugestehen, die gemacht wurden. Sie entschuldigt sich für die beiden Busanträge letzter Sitzung, bei denen der SSR

übergangen wurde. Sie bittet im Gegenzug darum, dass auch bei der Jobmessepressemitteilung Fehler eingeräumt werden.

Margarete Heinrichs merkt an, dass sie Zwischenrufe in der Sitzung extrem störend und der Kommunikation und Stimmung abträglich findet.

Hendrik Weingärtner sieht das Ziel der Diskussion verfehlt und vermisst eine Kultur der Zusammenarbeit in Hinblick auf Anträge und den Umgang mit Fehlern. Er appelliert an alle auf gute Zusammenarbeit zu achten und schlägt vor neue Formen der Zusammenarbeit, wie schriftliche Anfragen, zu testen. Er appelliert an die Kultiviertheit und gute Kinderstube der Mitglieder des Gremiums.

Ende: 00:06 Uhr